



**Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss**

**SOC/631**

**Verstärkte Zusammenarbeit zwischen den öffentlichen Arbeitsverwaltungen (ÖAV)**

## **STELLUNGNAHME**

Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss

**Vorschlag für einen Beschluss des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung des Beschlusses Nr. 573/2014/EU des Europäischen Parlaments und des Rates über die verstärkte Zusammenarbeit zwischen den öffentlichen Arbeitsverwaltungen (ÖAV)**

[COM(2019) 620 final]

Befassung	Europäisches Parlament, 19/09/2019 Rat der Europäischen Union, 19/09/2019
Rechtsgrundlage	Artikel 149 und 304 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union
Zuständige Fachgruppe	Fachgruppe Beschäftigung, Sozialfragen, Unionsbürgerschaft
Verabschiedung im Plenum	30/10/2019
Plenartagung Nr.	547
Ergebnis der Abstimmung (Ja-Stimmen/Nein-Stimmen/Enthaltungen)	219/3/11

Da der Ausschuss dem Vorschlag zustimmt und sich bereits in seiner Stellungnahme (SOC/620) – „Die neue Rolle der öffentlichen Arbeitsverwaltungen (ÖAV) in Zusammenhang mit der Umsetzung der europäischen Säule sozialer Rechte“<sup>1</sup> vom 17. Juli 2019 zu dieser Thematik geäußert hat, beschloss er auf seiner 547. Plenartagung am 30./31. Oktober 2019 (Sitzung vom 30. Oktober 2019) mit 219 gegen 3 Stimmen bei 11 Enthaltungen, eine befürwortende Stellungnahme abzugeben und auf den Standpunkt zu verweisen, den er in der vorgenannten Stellungnahme vertreten hat.

Luca JAHIER  
Präsident des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses

---



---

<sup>1</sup> [ABl. C 353 vom 18.10.2019, S. 46.](#)